

Gemeinsame Pressekonferenz

der Deutsche Krankenhausgesellschaft e. V.

der Bundesärztekammer

des Deutschen Pflegerates e. V.

Im Haus der Bundespressekonferenz

Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

am 4. September 2014

Resolution zur Krankenhausfinanzierung

Statement von Herrn Georg Baum

Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Resolution für eine „Qualitätssichernde Krankenhausfinanzierung“ ist ein Not- und Weckruf. Es geht um die Sicherung der Leistungsfähigkeit unserer Krankenhäuser, um die Sicherung der Flächenversorgung, um Sicherung und Verbesserung von Qualität und Patientensicherheit. Dieser Anspruch, den die Bürger, die Politik aber auch die Krankenhäuser und ihre Mitarbeiter selbst haben, kann nicht erfüllt werden, wenn weiterhin nicht genügend Mittel für Personal und Investitionen in die Krankenhäuser fließen. Höchste Qualität braucht mehr Ressourcen. Noch mehr Rationalisierung geht nicht, die Reserven sind ausgeschöpft. Wenn 30 – 50 Prozent der Häuser rote Zahlen schreiben, ist was nicht in Ordnung im System!

Wir haben zwei große Problembereiche. Zum einen die Personalfinanzierung. Seit Jahren steigen die Personalkosten stärker als die Vergütungen, die die Krankenhäuser für die Krankenhausbehandlungen bekommen. Wir haben über die letzten Jahre (2007-2013) eine Personalkostenlücke von 3,5 Mrd. Euro. Sie zwingt zu ständiger Rationalisierung und auf Kante genähertem Personaleinsatz. Das spüren die Patienten, darunter leiden die Mitarbeiter und fördert nicht die Begeisterung für die Gesundheitsberufe, die wir aber dringend brauchen. Zum anderen haben wir eine nicht länger verantwortbare Investitionslücke von mind. 3 Mrd. Euro jährlich. Die Bundesregierung selbst hat den Investitionsbedarf kalkulieren lassen. Wir bräuchten 6 Mrd. Euro, bekommen aber von den Bundesländern, die gesetzlich verpflichtet sind, die Investitionen der Krankenhäuser zu finanzieren, nur 2,7 Mrd. Die Folgen sind in den Krankenhäusern wie bei Straßen, Brücken und Schienen sichtbar. Krankenhäuser sind Teil der öffentlichen Investitionsmisere. Wir haben verbreitet baulichen und medizintechnologischen Substanzverzehr und aufgestauten Modernisierungsbedarf in Milliardenhöhe. Wir sind im internationalen Bereich bei der IT-Infrastruktur abgefallen. Die unzureichenden Investitionen haben Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die Arbeitslasten für das Personal, aber auch auf Qualität und Patientensicherheit.

Die Träger der Krankenhäuser sind sich darüber im Klaren, dass der schon heute nicht gedeckte und weiter steigende Bedarf an gut ausgebildeten Pflegeberufen, medizinischen Fachberufen und an Ärzten nur gesichert werden kann, wenn die Krankenhäuser genügend Aus- und Weiterbildungsplätze und gute und attraktive Arbeitsbedingungen bieten können. Dazu brauchen sie aber die Ressourcen.

Wir begrüßen, dass die Koalition zusammen mit den Bundesländern eine Krankenhausreform vorbereitet. Es reicht allerdings nicht, wenn im Koalitionsvertrag

mehr und besser bezahltes Personal gewünscht wird. Die Krankenhäuser brauchen konkrete Instrumente, die die Finanzierung des laufenden Betriebs der Krankenhäuser, die Personalkostenfinanzierung verbessern. Personalkostensteigerungen müssen 1:1 über die Vergütungen für die Krankenhausleistungen refinanziert werden. Die gesetzlichen Vergütungsobergrenzen müssen beseitigt werden. Mehrkosten durch G-BA-Beschlüsse für z. B. höhere Personalvorhaltungen müssen zusätzlich zu den Fallpauschalen verhandelt werden können. Die Vorhaltekosten für die Flächenversorgung müssen durch Sicherstellungszuschläge ebenso wie Extremkostenfälle ausgeglichen werden. Genauso wichtig ist aber auch, dass sich Bund und Länder gemeinsam ausreichend Investitionsmittel zur Verfügung stellen. Bei seit Jahren steigenden Steuereinnahmen und 30 Mrd. Überschüssen im System können und müssen die notwendigen Mittel für die medizinische Infrastruktur der Krankenhäuser verfügbar gemacht werden. Der ursprünglich in den Koalitionsverhandlungen erwogene Fonds zur Finanzierung der Umwidmung von Krankenhäusern alleine reicht nicht. Zukunftsfähige Krankenhäuser brauchen vor allem laufend gesicherte Investitionen. Konkret schlagen wir einen Investitionszuschlag aus Bundesmitteln vor.

Die Krankenhäuser unternehmen seit Jahren allergrößte Anstrengungen, Qualität und Sicherheit der medizinischen Leistungen zu verbessern. Sie schaffen in weltweit fast einmaligem Umfang Transparenz über ihre Leistungen. Im Koalitionsvertrag werden dennoch noch mehr Datenerfassungen und noch mehr Kontrollen durch die medizinischen Dienste und qualitätsabhängige Vergütungssysteme angekündigt. Hier mahnen wir vor noch mehr Dokumentationsbürokratie und vor Vergütungsstrategien, die am Ende dazu führen, dass Risiko-Patienten keine Behandlung mehr finden und noch mehr Ressourcen in Streitigkeiten über Behandlungsergebnisse verloren gehen. Wir richten den dringenden Appell an die Politik keine neue Lasten den Krankenhäusern aufzubürden und sie besser in die Lage zu versetzen, ihren medizinischen Versorgungsauftrag zu erfüllen.